

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 6

Rubrik: Kommentare und Berichte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare und Berichte

IM SCHATTEN DER MONDLANDUNG

Der Erfolg des *Apollo-11-Unternehmens* hat diesen Sommer alle politischen Geschehnisse überschattet. Die erste Landung von Menschen auf dem Mond ist in den vergangenen Wochen als historische Tat und als Ereignis des Jahrhunderts stürmisch gefeiert worden, und in den Chor der Euphorie haben sich – angesichts der zahllosen, ungelösten irdischen Probleme nicht unerwartet – Stimmen der *Mahnung und Kritik* gemischt. In den Vereinigten Staaten hat man sich bemüht, die Mondlandung vor allem als Triumph menschlichen Geistes und wissenschaftlicher Leistung zu feiern. Die nationale Komponente trat dabei, trotz Hissung des Sternenbanners im öden Meer der Stille, in den Hintergrund.

Wettrennen im All

All diese Versuche, den eigenen nationalen Stolz zu dämpfen, können jedoch nicht vergessen machen, dass die Mondlandung der Amerikaner das Resultat eines mehr als zehnjährigen hart geführten Wettlaufes zwischen den USA und der Sowjetunion ist. Den Startschuss zu diesem Rennen gab die Lancierung des ersten künstlichen Satelliten, *Sputnik 1*, durch die UdSSR am 4. Oktober 1957. In den kommunistisch regierten Ländern ist dieses Ereignis damals als Erfolg des überlegenen sozialistischen Gesellschaftssystem gefeiert worden. Während der *Ära Chruschtschew* wurde die Sowjetpropaganda nicht müde, den Vorsprung Russlands in der Raumfahrt agitatorisch auszuwerten, um politisch einiges

Kapital daraus zu schlagen: so vor allem bei der Amerikareise des sowjetischen Ministerpräsidenten im September 1959, die von der harten Landung von Luna 2 auf dem Mond begleitet wurde. Die Vereinigten Staaten haben unter dem Schock der so eindrücklich demonstrierten sowjetischen Überlegenheit in der Erforschung des Kosmos die Herausforderung angenommen. Am 25. Mai 1961, mehr als dreieinhalb Jahre nach dem Start von Sputnik 1, setzte Präsident *Kennedy* unter dem Eindruck des ersten bemannten Raumfluges der Russen der amerikanischen Nation das Ziel, vor 1970 einen Menschen auf dem Mond zu landen und wieder sicher zur Erde zurückzubringen. Die USA haben ihren Zeitplan eingehalten und dabei im Wettlauf nach dem Mond die Sowjetunion Mitte der sechziger Jahre überholt; die mysteriöse Mission des Mondfahrzeuges Luna 15, das die Russen unmittelbar vor Apollo 11 starteten und das während des Aufenthaltes der beiden amerikanischen Astronauten Armstrong und Aldrin auf dem Mond 800 Kilometer von deren Landeplatz entfernt im Meer der Krisen zerschellte, hat die gegenwärtige Überlegenheit der Vereinigten Staaten – wenigstens im Bereich der Monderforschung – nur noch verdeutlicht. Der Versuch, mit Luna 15 den Amerikanern die Mond-Show zu stehlen, ist – sofern eine solche Absicht tatsächlich bestand – missglückt.

Nixons Weltreise

Präsident Nixon hat den Erfolg im Welt-
raum sofort in politische Münze umzu-

wechseln versucht. Der Flugzeugträger «Hornet» im Pazifik, der die Kapsel mit den Astronauten barg, wurde zum Ausgangspunkt einer Reise, die den amerikanischen Präsidenten während elf Tagen rund um die Erde führte. Im Mittelpunkt standen Gespräche mit Politikern in den Hauptstädten der Länder *Asiens*. Ähnlich wie die Europareise Nixons im Frühjahr handelte es sich zunächst um eine *Fact-finding-mission*, zu welcher der Apollo-11-Erfolg den nötigen Rückhalt schuf.

Nixons Position ist nicht einfach. Er hat im vergangenen Jahr seine Präsidentschaftskampagne zwar zurückhaltend geführt und sich zu keinen konkreten Versprechungen über eine neue Politik in Südostasien herbeigelassen. Aber er verdankt seinen Erfolg am 5. November doch zu einem wesentlichen Teil der Erwartung des Wählers, mit einem neuen Mann im Weissen Haus sei die Liquidierung des Vietnamkrieges – selbstverständlich unter vernünftigen und ehrenhaften Bedingungen – leichter zu erreichen als mit einem Erfolgsmann Präsident Johnsons. Die Praxis hat erwarteterweise gezeigt, dass es leichter ist, grundsätzlich für eine Beendigung des amerikanischen Engagements zu sein, als diesen Rückzug auch in der Praxis durchzuführen. Mit seinem Entschluss auf *Reduktion* des amerikanischen Expeditionskorps in Südvietnam um 25000 Mann hat Nixon einen ersten Schritt getan. Von der Gegenseite ist ihm dies bisher nicht honoriert worden – im Gegenteil: die Fronten an der Pariser Vietnamkonferenz, die nun seit bald anderthalb Jahren ohne greifbare Ergebnisse tagt, scheinen verhärteter als je.

Es ist noch zu früh, die Auswirkungen von Nixons Besuch in Asien in ihrer vollen Tragweite zu übersehen. Die Erklärungen des Präsidenten während der Reise waren widersprüchlich. Aber alles deutet darauf hin, dass er entschlossen ist, das Engagement in Südostasien abzubauen und die Vereinigten Staaten in ihre Rolle als pazifische Macht zurückzuführen, deren Interessen auf dem asiatischen Kontinent peripherer und nicht vitaler Natur sind. Eine solche Politik wird sich freilich erst dann

verwirklichen lassen, wenn der Vietnamkrieg beendet ist; vorher werden sich alle Bemühungen um die Schaffung einer neuen spezifisch auf Asien zugeschnittenen Doktrin der amerikanischen Aussenpolitik mehr oder minder im abstrakten Raum von *Hoffnung und Spekulation* bewegen.

Der amerikanische Präsident hat seiner Reise mit dem Zwischenhalt in *Bukarest* einen spektakulären Abschluss verschafft. Der Empfang in der rumänischen Hauptstadt war von überbordender Herzlichkeit. Manches davon mag auf Konto der landesüblichen Gastfreundschaft gehen – aber im ganzen war der Besuch in Rumänien doch eine eindruckliche *politische Demonstration*. Der Kreml hat sich bisher in seiner Reaktion gemässigt gezeigt; ausser einigen kritischen Worten an die Adresse der notorisch unbotmässigen rumänischen Führung blieb Moskau stumm. Die Presse in der Sowjetunion und ihren Satellitenländern war offensichtlich angewiesen worden, die Bedeutung des Ereignisses, dass zum ersten Mal seit 1945 ein amerikanischer Präsident wieder seinen Fuss auf den Boden eines kommunistischen Landes setzte, herabzumindern. Im Vorfeld des Jahrestages der Invasion der Tschechoslowakei scheint sich der Kreml keine spektakulären Aktionen in Osteuropa gestatten zu wollen – was freilich nicht heisst, dass eines Tages nicht einmal in Moskau eine Richtung die Oberhand gewinnen könnte, die den Wunsch hat, das rumänische Konto zu begleichen ...

Neue sowjetisch-chinesische Konfrontation

Dass der Spielraum der Sowjetunion weiterhin eingeengt bleibt und sie bei irgendwelchen Aktionen in Europa stets auch auf die Situation an ihren asiatischen Grenzen Rücksicht nehmen muss, zeigte der neue chinesisch-sowjetische Grenzzwischenfall vom 13. August. Während in der ostsibirischen Stadt *Chabarowsk* weiterhin Delegationen der beiden Länder um die Beilegung der Zwischenfälle vom vergangenen Frühjahr verhandeln, kam es

plötzlich in *Zentralasien* zu schweren Feuertreffen, bei denen wie üblich jede Seite der andern die Schuld zuschob. Das plötzliche Aufflammen von Unruhen gerade an diesem Grenzabschnitt ist zweifellos ein Zeichen dafür, dass sich die Gegensätze weiter gesteigert haben. Nun handelt es sich nicht mehr um ein Aufeinander-schlagen «hinten weit in der Chinee», wie im März am Ussuri, sondern um Kämpfe in relativer Nähe militärisch wichtiger Positionen Russlands und Chinas. Im Gebiet von *Semipalatinsk* liegt das sowjetische Raketenversuchsgelände; auf chinesischer Seite befindet sich in *Lop Nor* das Atomzentrum der Chinesen. Eine übersteigerte Dramatisierung der Ereignisse wäre zwar wohl verfehlt, denn es gehört zur asiatischen Tradition, Gegensätze mit dem Mittel sorgfältig dosierter Grenzwischenfälle anzustacheln und dann wieder abklingen zu lassen. Aber bereits die Tatsache, dass diese üblichen Schiessereien durch breite Publizität zum grossen Politikum werden, zeigt unmissverständlich, dass die chinesisch-sowjetische Konfrontation sich weiter verschärft.

Neubeginn in Frankreich und Italien

Das neue Regime, das in Frankreich mit der Wahl von *Georges Pompidou* zum Präsidenten der Republik einsetzte, hat seine erste wichtige Entscheidung getroffen. Am 8. August wurde unvermittelt die *Abwertung* des französischen Franc um 12,5 Prozent bekannt gegeben und damit eine Operation nachgeholt, gegen die sich *General de Gaulle* im vergangenen Herbst mit Händen und Füssen gewehrt hatte. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten haben sich damit auf die Dauer als mächtiger erwiesen als der Drang nach Prestigewahrung. Frankreichs Schritt deutet an, dass die neuen Herren entschlossen sind, künftig mit grösserer Nüchternheit und Sinn für Realität an die Lösung der Probleme heranzutreten als ihr Vorgänger. Ob sich damit auch in andern Bereichen eine Abkehr vom Kurs de Gaulles anbah-

nen wird bleibt freilich heute noch dahingestellt. Die berühmte «Stunde der Wahrheit» hat noch nicht überall geschlagen.

Italien hat nach langen Verhandlungen eine neue Regierung. Aus der fast ausweglosen Situation eröffnete sich schliesslich als einzig gangbarer Weg die Bildung eines von den Sozialisten toleriertes Minderheitskabinetts der *Democrazia Cristiana*, deren Führung wiederum der am 5. Juli zurückgetretene Ministerpräsident *Rumor* übernimmt. Damit ist, vorläufig wenigstens, eine grössere Krise abgewendet, die leicht das ganze staatliche Gefüge hätte in Mitleidenschaft ziehen können. Die sozialen und politischen Probleme freilich, an denen Italien krankt, sind durch die auf Zeitgewinn angelegte «*Monocolore*»-Regierung nicht aus der Welt geschafft; sie werden das Land und seine Regenten weiterhin harten Belastungsproben aussetzen.

Unruhen in Nordirland

Die Unrast im nordirischen Teil des Vereinigten Königreiches ist in den ersten Augustwochen in jäher Aufwallung überbordet. Die Spannung in dem von *Protestanten* beherrschten *Ulster* hatte schon im Frühjahr einen Höhepunkt erreicht, als die *katholische Minderheit* in immer lauterer und unmissverständlicherer Art die politische Gleichberechtigung forderte und damit auf protestantischer Seite eine Gegenaktion auslöste, die rasch übers Ziel hinausschoss.

Vor diesem Hintergrund konfessioneller Streitigkeiten, die schlecht ins Bild eines christlichen Ökumenismus passen, steigerten sich in den letzten Wochen die politischen Leidenschaften in Nordirland in einen *bürgerkriegsähnlichen Zustand* hinein, dessen Motive anachronistisch anmuten. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass das irische Problem, das jahrzehntelang wie ein Bleigewicht die britische Politik belastete, mit Gewalt und Terror nicht zu lösen ist. Immerhin glaubte man, dass durch die *Teilung* der Insel und das Aus-

scheiden des katholischen Südirland aus dem Empire und die Lockerung der Bindungen zum Vereinigten Königreich ein *modus vivendi* gefunden worden sei. Die jüngsten blutigen Auseinandersetzungen, die mit einer an vergangene Zeiten erinnernden Intoleranz geführt wurden, zeigen,

dass die irische Frage, wenn auch in ihren Dimensionen gegenüber dem letzten Jahrhundert wesentlich reduziert, noch nichts von ihrer zerstörerischen Sprengkraft verloren hat.

Fabius

DIE RESTALINISIERUNG

Die Abkehr von Stalin 1956

Anlässlich des XX. Parteikongresses von 1956 hielt *Chruschtschew* in einer geschlossenen Sitzung seine bekannte Rede, den Bericht «Über den Personenkult und seine Folgen», die eine Abrechnung mit Stalin darstellt. Damit schloss die mit dem Tode des Diktators begonnene Periode der «stillen Entstalinisierung» ab, die Zeit, die Schriftstellern, Gelehrten und selbst dem Volk tatsächlich ein Minimum an Freiheit gebracht hatte.

Die Abkehr von Stalin hatte besondere Ziele: Die Person wurde geopfert, um das Werk zu erhalten, wie westliche Experten zu Recht feststellten. Innenpolitisch sollten die Angriffe Chruschtschews den Boden stärken, auf dem die neue Führung stand. Aussenpolitisch wurde ein Sündenbock geschaffen für alle im Westen offen oder verschleiert geäußerten Missbilligungen des politischen Kurses der UdSSR. Dank einer geschickten Propaganda erreichte der Kreml sein Ziel. Nicht einmal die Tatsache, dass der Grund, auf dem Chruschtschew seine Stellung aufgebaut hatte, die Liquidierung des «Personenkults» und der Konzentration aller Macht in einer Hand, allmählich illusorisch wurde, konnten das in der freien Welt verbreitete Märchen von der Liberalisierung in der Sowjetunion umstossen.

Erst der Schreck, den die Besetzung der zur Demokratisierung neigenden Tschechoslowakei auslöste, scheint die Erkenntnis gebracht zu haben, dass die Periode der sogenannten «Entstalinisierung» aufge-

hört und die der Restalinisierung, des verschärften politisch-polizeilichen Kurses, begonnen hat.

Was die negative Stellungnahme der westlichen kommunistischen Parteien zum tschechoslowakischen Abenteuer der UdSSR angeht, so ist neben aufrichtiger Verurteilung wie in Jugoslawien oder Unbehagen wie in Italien und Rumänien auch Fälschung mit im Spiel. Die Parteiführer waren gezwungen, Moskau zu kritisieren, um ihre Anhängerschaft nicht etwa Mao in die Arme zu treiben. In Schweden zum Beispiel glaubt niemand, dass der – wohlhabende – Kommunistenführer *Carl-Henrik Hermansson* es mit seiner Forderung, die schwedische Regierung solle als Reaktion auf die Prager Ereignisse ihren Botschafter aus Moskau abberufen, ernst meinte. Dieser als Mitstreiter Stalins im goldenen Zeitalter vor 1953 bekannte Politiker war bemüht, aus dem drohenden Konkurs – vor den Parlamentswahlen – das zu retten, was noch zu retten war. Der Kreml hat ja auch nichts gegen ihn unternommen, was sonst bei offenem Ungehorsam die Regel ist.

Erste Anzeichen der Restalinisierung

Die Restalinisierung *musste* einmal kommen. Das mit der Verdammung des Diktators erweckte Freiheitsstreben drohte dem Kreml die Zügel aus der Hand zu reißen und den Kommunismus im In- und Ausland auf Bahnen zu lenken, die Moskau abträglich sind. Es bemühte sich folge-

richtig, wieder vermehrt mit Hilfe der Geheimpolizei zu regieren und für ein «richtiges» Denken und Trachten der eigenen Untertanen und der Satelliten zu sorgen.

Die Aufwertung Stalins begann bereits 1956. Den Beginn machte derselbe *Chruschtschew*, der einige Monate früher das Feuer der Entstalinisierung entfacht hatte und sich ausserstande sah, es sachte einzudämmen. Er sprach von «Verirrungen» bei Studenten und begann eine Kampagne gegen Schriftsteller, die die frische Luft zu freien Atemübungen benutzten. Die «Prawda» leugnete die Existenz eines Stalinismus überhaupt ab, und *Chruschtschew* erklärte bei einem Empfang in der chinesischen Botschaft am 17. Januar 1957, dass der Stalinismus und Stalin selbst vom Kommunismus nicht zu trennen seien.

Verschärfung unter Breschnew

Die offene Restalinisierung begann 1965, als *Breschnew* in einer Rede Stalin als «Helden» bezeichnete. Das wichtigste Motiv für diese Ehrenrettung dürfte der Wunsch gewesen sein, mit China in ein einigermaßen erträgliches Verhältnis zu gelangen. Die Beziehungen der beiden führenden kommunistischen Länder zueinander hatten sich zunehmend verschlechtert. *Chruschtschew* wurde wegen seines «typischen Revisionismus» angegriffen, Stalin als Vorkämpfer der reinen Lehre gefeiert. Der unerwartete Sturz *Chruschtschews* 1964 wird vielfach mit den für die UdSSR höchst unangenehmen Auseinandersetzungen mit China und dem dadurch entstandenen Prestigeverlust bei ausländischen Kommunisten in Verbindung gebracht.

Fest steht, dass die sowjetische Politik unter *Chruschtschew* nicht den Grund, sondern nur den Anlass zu den chinesisch-russischen Spannungen bildete. Die stärksten Impulse zur Rehabilitierung Stalins gingen nämlich von leitenden Militärs aus, von denen einige, unter ihnen Marschall *Schukow*, ab 1956 zu seinen heftigsten Angreifern gehörten. Jetzt versichert der-

selbe *Schukow* in seinen Memoiren, Stalin sei «ein höflicher, toleranter und weiser Befehlshaber» gewesen. Ein Grossreinemachen des Generalissimus! Zum 50. Jahrestag der Sowjetarmee erschien Anfang 1968 als Ausgabe des Verteidigungsministeriums ein 624 Seiten umfassendes Werk über die Sowjetarmee. An der Spitze des Redaktionsausschusses stand der erste stellvertretende Verteidigungsminister *Sacharow*. Das Buch spricht sich nur positiv über Stalin aus, der im Zweiten Weltkrieg die Streitkräfte mit grosser Autorität geleitet habe. Die Angaben des Werkes bekräftigte der Verteidigungsminister, Marschall *Gretschko*, in einer Rede im Februar 1968. Er setzte seine «Richtigstellungen» in einem Werk über den Zweiten Weltkrieg im Kaukasus fort und fand einen neuen Schuldigen an den anfänglichen sowjetischen Misserfolgen in der Person des liquidierten *Berija*.

Auch weitere Offiziere haben sich um Stalin bemüht, so Generaloberst *Wannikow* und Generalmajor *Boltin*. Dabei ist es nicht ohne Reiz festzustellen, dass die meisten dieser Offiziere nach 1956 Stalin nicht schonungslos genug in seiner Eigenschaft als oberster Befehlshaber heruntermachen konnten. Dieser besonders bei Offizieren krass in die Augen stehende Frontwechsel dürfte seinen Grund im Druck haben, den die Partei ausübt und dessen Motiv – die Vorherrschaft der KP – durch Beweggründe wie Vaterlandsliebe, Stärkung der Macht der Heimat aller Werktätigen verdeckt wird. Militärs aller Zeiten und Länder lassen sich leicht von gerissenen Politikern beschwatzen.

Typische Symptome

Die einem steten Wandel unterworfenen politischen Anschauungen führender Offiziere wirken nicht unmittelbar auf das Leben der gewöhnlichen Bürger ein, die sich daher über diese und ähnliche Fragen nicht aufregen. Die Gewitzigteren verstehen in ihnen Symptome zu sehen, legen ihnen jedoch wenig Bedeutung bei. Wichtiger sind

dem Untertan andere Erscheinungen: etwa die Tatsache, dass das «Politbüro» der Stalin-Ära, in «Präsidium des Zentralkomitees der Partei» umbenannt, ab 1966 seinen alten Namen zurückerhielt, der «Erste Sekretär des Zentralkomitees» zur Zeit Breschnew wieder wie vor 1953 «Generalsekretär» heisst oder dass das «Ministerium für den Schutz der öffentlichen Ordnung» erneut wie in der bösen Vergangenheit die Benennung «Innenministerium» und damit die in Verruf geratene Abkürzung «MWD» zu tragen begann. Das bedeutet wenigstens bis heute keine Reorganisation der politischen Polizei im Sinne Stalin-Berijas, aber der Bürger wird daran erinnert, dass es in der UdSSR keinen Schutz vor der Wiederkehr des absoluten Polizeistaates gibt.

Was jedoch die Bevölkerung am meisten beunruhigt und der UdSSR im Ausland mehr geschadet hat als jegliche antisowjetische Propaganda, ist die gesteigerte Bevormundung des Geisteslebens durch die Partei. Sie wird etwa illustriert durch den Prozess gegen die Schriftsteller *Sinjawskij* (Pseudonym Terz) und *Daniel* (Arschak), die 1966 zu sieben bzw. fünf Jahren Straflager verurteilt wurden. Über den Prozess und die Leiden der Verurteilten im Lager Potma finden sich interessante Einzelheiten bei der Schriftstellerin *Maurina*. Ihr Verbrechen bestand in der Veröffentlichung von Werken im Auslande, die in der UdSSR nie gedruckt worden wären. Was geschähe wohl im Westen, wenn die Gerichte hier nach dem sowjetischen Rezept verführen? Diesem Prozess folgte ein Rattenschwanz anderer, die junge Angehörige der Intelligenz wegen ihrer Sympathiekundgebungen zugunsten der bestraften Schriftsteller gleichfalls schuldig sprachen, wie *Ginsburg*, *Galanskow*, *Dobrowolskij*, *Laschkowa*. Der letzte bis heute bekannt gewordene Fall betrifft den Mathematiker *Burmistrowitsch*, der am 21. Mai 1969 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er soll Kopien verbotener Werke Daniels und Sinjawskijs verbreitet haben.

Ende Mai 1969 musste der bekannte Chefredakteur der literarischen Monats-

schrift «Nowy Mir», *Twardowskij*, seinen Posten aufgeben. Er hatte, seinerzeit von Chruschtschew protegiert, jahrelang junge Talente gefördert, war unter anderem für *Alexander Solschenizyn* eingetreten und hatte dessen inzwischen weltberühmt gewordenen Roman «Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch» veröffentlicht. Als auf dem Gebiet der Kulturpolitik erneut eisige Winde zu wehen begannen, wurde seine Arbeit erschwert, den Druck einiger Bücher, so Solschenizyns «Krebsstation», von der Partei untersagt, bis er schliesslich den Befehl erhielt «zu erkranken».

Die unaufhaltsam fortschreitende Restalinisierung in der Innenpolitik charakterisiert treffend die Verhaftung des Generals *Grigorenko* am 18. Mai 1969 und einige damit verbundene Ereignisse. Der General hatte sich für die Freilassung von 11 Krimtataren eingesetzt, die die Wiederherstellung der unter Stalin eingebüsstten Rechte der Krimtataren angestrebt hatten und deshalb verhaftet worden waren. Für den General traten ihrerseits in einer Petition 55 Angehörige der Intelligenz ein, unter ihnen der Sohn des von Stalin 1937 liquidierten Generals Jona Jakir, der Historiker *Peter Jakir*. Nach den momentan in der UdSSR herrschenden Gepflogenheiten müsste jetzt die Verhaftung der Unterzeichner der Eingabe folgen.

Der Grund der verschärften Stellungnahme der Partei zur Haltung sowjetischer Autoren muss im wachsenden Gegensatz eines Teils der Intelligenz zum Marxismus-Leninismus in seiner jetzigen Form zu suchen sein. Die dadurch hervorgerufenen Spannungen scheinen einen Grad erreicht zu haben, der den Kreml zwingt, zu stalinistischen Massnahmen zu greifen. Einen weiteren Grund bildet die aussenpolitisch schwierige Stellung, in die Moskau nach der Tschechenkrise und dem verschärften chinesischen Druck geraten ist. Die Zahl der Fronten des kalten und lauen Krieges hat sich beängstigend vergrössert. Die lautstark vorgebrachten Drohungen Breschnews auf der Moskauer kommunistischen Gipfelkonferenz im Sommer 1969 können über die prekäre Situation der

Sowjetunion und ihres derzeitigen Führers nicht hinwegtäuschen.

Die CSSR-Krise

Die Tschechenkrise ist immer noch der unangenehmste Bissen, den Moskau sich selbst vorgesetzt hat und der unvorhergesehen schwer zu schlucken ist. Die Urheber der Aktion sind wohl in den Reihen der Militärs zu suchen, von denen die Marschälle Gretschnko und Jakubowskij ausgesprochene Feinde des Westens sind. Die Unterdrückung des «Brudervolkes» war Experten zufolge militärisch ausgezeichnet vorbereitet. Politisch war sie es keineswegs. Auch dieser Rückfall der UdSSR in den politischen Stil Stalins hat in der Sowjetunion selbst Reaktionen ausgelöst. Ein Beispiel unter vielen ist die Verbannung des Physikers *Litwinow* wegen seines Protestes gegen die Okkupation.

Im März 1968 sagte der heutige starke Mann in Prag, *Gustav Husak*: «Die Menschen übernehmen nun einmal keine Ansichten, die ihnen von oben vorgelegt werden ... Wenn sie kein institutionell garantiertes Recht auf freie Meinungsäußerung haben, dann muss es zu einer Degenerierung des politischen Systems kommen». Wie Husak seine Gedanken in der Praxis durchführt, zeigt das tägliche Leben in der heutigen Tschechoslowakei. Am 9. Mai 1969 versicherte Husak in der «Prawda», dass in Prag alles getan würde, um die Beziehungen mit der Sowjetunion zu festigen. Am 16. reichte der Kulturminister *Galuska* sein Abschiedsgesuch ein als Folge der gegen die reformfreundliche Presse unternommenen Schritte (Verbot der Wochenschriften «Listy» und «Reporter»). Am 21. unterlag die Leitung der tschechoslowakischen Gewerkschaften dem sowjetischen Druck und schwenkte auf einen prorussischen Kurs ein. Am 27. wurde einer der be-

kanntesten Männer des «Prager Frühlings», der südmährische KP-Chef *Spacek*, seines Postens enthoben. Am 1. Juni flog eine Reihe von Vertretern des Reformkurses aus dem Zentralkomitee der KP, so der frühere stellvertretende Ministerpräsident *Sik*, der ehemalige Vorsitzende der Nationalen Front, *Kriegel*, der Philosoph *Kosik*. Fünf ZK-Mitglieder erhielten Verweise; zur Untersuchung der Tätigkeit anderer wurde eine Sonderkommission gebildet, das heisst die Betroffenen wurden unter besonderen Druck gesetzt. Am 3. Juni gingen viele Schlüsselpositionen im Prager ZK an Altstalinisten, von denen *Strougal*, jetzt Stellvertreter Husaks, der bekannteste ist. In Studenten-, Jugend- und anderen Verbänden wird gesäubert und überall mit Fleiss «Kritik und Selbstkritik» geübt, eine der verabscheuungswürdigsten Methoden Stalins, um unzuverlässige Genossen zum Kuschen zu bringen. Und schliesslich wird die Invasion vom 21. August 1968 langsam, aber planmässig in eine «freundschaftliche Aktion» der am Überfall beteiligten Länder umgewandelt. Es fehlen noch die Liquidierungen und Deportationen, um die Zeiten vor 1953 in aller Vollkommenheit wiedererstehen zu lassen. Breschnew braucht, selbst um mit einem kommunistischen Staat zu koexistieren, Panzerwagen – was kann man da viel von seiner diesjährigen «Friedensrede» am 1. Mai in Moskau halten?

Der Jugoslawe und Kommunist Djilas, der Stalin persönlich gut gekannt hat, schrieb vor einigen Jahren: «Stalins böser Geist schwebt noch immer über der Sowjetunion, und man hat Grund zu fürchten, dass er – vorausgesetzt, dass kein neuer Krieg ausbricht – es noch lange tun wird.» Wie recht Djilas hatte, zeigt die Gegenwart.

Oskar Angelus

MARKTWIRTSCHAFT UND PLANWIRTSCHAFT IN WESTAFRIKA

Ein Besuch im heutigen Westafrika ist in mannigfacher Hinsicht faszinierend. Dieses ist trotz seinen grossen Distanzen, der jetzigen Aufsplitterung in eine grosse Zahl unabhängiger Staaten, den vielen Kontrasten und Gegensätzen, wozu die verschiedenen fremden Einflüsse, vor allem der Franzosen und Angelsachsen kommen, dennoch in gewissem Sinn eine Einheit. Man stösst immer wieder auf die gleichen oder auf ähnliche wirtschaftliche, soziale und politische Probleme.

Ziele und Hemmnisse der Entwicklung

Übereinstimmend trachten alle diese Länder danach, die politische Unabhängigkeit auch wirtschaftlich zu untermauern, sich von der einseitigen Ausrichtung auf die Wirtschaft der ehemaligen Kolonialmächte zu lösen, von der Abhängigkeit von einer Monokultur (zum Beispiel Erdnüsse, Kaffee, Kakao) mit den bedenklichen Folgen ihrer Preisschwankungen auf dem Weltmarkt loszukommen. Sie versuchen darum, mit ausländischer Hilfe eine den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung besser entsprechende Wirtschaft aufzubauen durch Entwicklung der Infrastruktur, Verbesserung der Verkehrswege, Modernisierung und Diversifizierung der Landwirtschaft zwecks Erhöhung des landwirtschaftlichen Ertrages, Ausbeutung der Bodenschätze und Entwicklung von Industrie und Handwerk.

Diesen Bestrebungen stehen gewaltige *Hindernisse* im Wege: die schon vor der Kolonialzeit vorhandene und zum Teil auch heute noch fortbestehende Tauschhandelwirtschaft («*économie de traite*») mit der monopolartigen Stellung der grossen ausländischen Handelsgesellschaften, die bis anhin sowohl den Aufkauf und Export der Landesprodukte nach den überseeischen Märkten als auch die Einfuhr der von der einheimischen Bevölkerung benötigten Gebrauchsgegenstände beherrscht

ten; die Rückständigkeit und Armut der Bevölkerung, die überwiegend (80–90%) von der Landwirtschaft lebt; der Mangel an Kadern, Kapital und staatlichen Einkünften; die grossen Distanzen und Transportkosten und der damit zusammenhängende Interessengegensatz zwischen den Küstengebieten und den im Innern fernab vom Meer gelegenen Staaten und Landesteilen.

Diese Situation wurde noch verschärft durch die sogenannte «Balkanisierung» oder Aufspaltung Westafrikas in zahlreiche unabhängige Staaten, die teilweise infolge ihrer Kleinheit wirtschaftlich nicht lebensfähig sind. Dadurch werden, jedenfalls solange die Bemühungen, eine grössere westafrikanische Wirtschaftseinheit zu gründen, nicht zum Ziel führen, die Verwirklichung gemeinsamer Lösungen und der Ausgleich der Interessengegensätze erschwert. Umgekehrt werden persönliche und regionale Rivalitäten noch begünstigt, die Last der Verwaltungskosten vervielfacht und damit die ohnehin grosse Abhängigkeit von ausländischer Entwicklungshilfe noch erhöht, ebenso die Gefahr von Pressionen und Einmischungsversuchen.

Drei Methoden der Entwicklungspolitik

All dies beeinflusst natürlich die Gestaltung und das Funktionieren der Wirtschaftsordnung. Es gibt dafür verschiedene Ordnungssysteme: 1. die auf dem Konkurrenzprinzip beruhende, grundsätzlich freie Marktwirtschaft mit Privateigentum; 2. die sozialistische, zentral gelenkte Planwirtschaft; 3. gemischte Formen, wie das namentlich in Frankreich aber auch anderswo entwickelte System der Rahmenplanung und Programmierung mit teils verstaatlichten, teils der Privatinitiative überlassenen Unternehmungen. Auf Westafrika übten einerseits die sozialistische Ideologie und andererseits die französische «Planifica-

tion» eine starke Anziehungskraft aus; denn es geht darum, mit unzureichenden verfügbaren Mitteln doch eine relativ funktionsfähige Wirtschaft zielstrebig und möglichst rasch aufzubauen. Die Methoden der Marktwirtschaft allein genügen dafür nicht. Wirtschaftliche Entwicklung ist ohne Planung nicht denkbar. Daher ist Planwirtschaft notwendig, ja sogar Bedingung für die Entwicklung, wenigstens bis ein gewisses Niveau erreicht wird. Andererseits können mit Hilfe der Planwirtschaft wohl gewisse Anfangserfolge in der Ankurbelung der Produktion, der Bekämpfung des Ungleichgewichts im Innern und der Abhängigkeit nach aussen erzielt werden, doch vermag sie allein, ohne die Mitwirkung der Privatinitiative kompetenter Unternehmer, ohne privates Kapital und ohne massive technische und finanzielle Hilfe des Auslandes nicht weit zu kommen.

Ein Überblick

Wie die einzelnen Länder je nach den dortigen besondern Verhältnissen und politischen Bedingungen in verschiedener Weise versuchen, ihre Probleme zu lösen, mögen einige Beispiele verdeutlichen.

Mauretanien besitzt günstige Entwicklungsmöglichkeiten dank der Entdeckung bedeutender Bodenschätze, besonders Eisen und Kupfer, deren Ausbeutung internationalen, mit Steuerprivilegien ausgestatteten Gesellschaften anvertraut wurde. Ein erster Entwicklungsplan (1963–1967) vor allem für die Infrastruktur war namentlich im Transportsektor mit 130% und im Bergbau mit 200% erfolgreich, wurde dagegen in der Landwirtschaft nur zu 75% erfüllt. Der Anteil der Auslandshilfe betrug 87% der privaten und 75% der öffentlichen Investitionen.

Senegal hat mit der Unabhängigkeit anstelle des bis dahin freien Tauschhandels grosser ausländischer Handelshäuser ein staatliches Amt für den Handel mit Agrarerzeugnissen geschaffen (OCA), das sich der Vermittlung von etwa 1000 bäuerlichen Genossenschaften und, wo solche fehlen, von etwa 100 Einlagerungsstellen

bedient. Das OCA besitzt ferner ein Monopol für die Einfuhr und Verteilung von Basisprodukten wie Reis, Fette und landwirtschaftliche Geräte, doch ist Frankreich der weitaus wichtigste Abnehmer und Lieferant geblieben. Dagegen verloren die im Lande ansässigen europäischen und arabischen Zwischenhändler ihre bisherigen Geschäftsmöglichkeiten mit Ausnahme der frei gebliebenen kommerziellen Tätigkeit in den grösseren Städten, namentlich Dakar. Auf privatwirtschaftlicher Basis entwickelt sich seit etwa zehn Jahren mit Dakar als Basis eine bedeutende Hochseefischerei mit modernen Motorschiffen. Der Staat bemüht sich durch Gewährung staatlicher Beteiligungen, Steuererleichterung, Prioritätsrechte die Investitionstätigkeit privater Firmen anzuregen.

In der Republik *Guinea* werden industrielle Investitionen grundsätzlich dem Staat vorbehalten, doch zeigte sich dieser bereit, im Bergbau teilweise mit ausländischen Privatfirmen zusammenzuarbeiten. Es besteht ein Handelsverbot für Ausländer. Zwei Staatsmonopole für den Aussen- und Binnenhandel wurden später in zwei staatliche Gesellschaften ohne Monopol umgewandelt, doch beherrscht der Staat weiter den Aussenhandel, und sein Einfluss überwiegt in wichtigen Bereichen des Binnenhandels. Die Ausbeutung der vorhandenen reichen Bodenschätze wie Eisen, Bauxit, Gold und Diamanten wurde grösstenteils nationalisiert. Die Landwirtschaft, von der 90% der Bevölkerung leben, weist eine rückläufige Produktion auf. Zahlreiche europäische Plantagen wurden nach der Unabhängigkeit aufgegeben. Wegen seiner politischen und wirtschaftlichen Struktur hat das Land trotz den grossen Entwicklungsmöglichkeiten mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Mali ist das territorial grösste Land Westafrikas. Hier hat sich die sozialistische Planwirtschaft als Fehlschlag erwiesen. Die Wirtschaft verkümmerte, die Schulden häuften sich, ohne dass die Industrialisierungsprojekte die erhofften Resultate zeitigten. Innere Desintegration führte zum Sturz Präsident Modibo Keitas.

Umgekehrt hat die *Elfenbeinküste*, die allerdings das reichste Land Westafrikas ist, mit den grössten Entwicklungschancen, ausgezeichnete Ergebnisse mit einer liberalen Wirtschaftspolitik erzielt. Zu den Erfolgen der Landwirtschaft, deren Grundlagen schon in der Kolonialzeit gelegt wurden, ist in den letzten 15 Jahren eine spektakuläre Entwicklung einer vom Staat fast ganz dem Privatsektor überlassenen, allerdings weitgehend in den Händen von Ausländern liegenden verarbeitenden Industrie gekommen. Die Regierung hat es verstanden, ohne Preisgabe ihrer Unabhängigkeit und Würde das Vertrauen der Mächte zu erringen und sich das nötige Kapital für die Entwicklung des Landes zu verschaffen. Sie bemüht sich, den privatwirtschaftlichen Aufschwung durch eigene Massnahmen mit Hilfe von Planungskommissionen zu unterstützen und zu ergänzen.

Liberia dagegen ist, obwohl es seit über 100 Jahren die Unabhängigkeit besitzt und trotz seiner Politik der offenen Tür, das am wenigsten entwickelte Land Westafrikas. Es scheint weiter unter der dort immer noch bestehenden Tauschhandelswirtschaft zu leiden, und die Regierung hat bisher für eine wirtschaftliche Planung wenig unternommen, sondern alles der Privatinitiative überlassen.

Nigeria befolgt ein gemischtes System staatlicher Hilfe bei der Infrastruktur, staatlicher Beteiligung an Industrieunternehmen einerseits und der Förderung privater Investitionen andererseits.

Ghana leidet immer noch unter den Folgen der unrealistischen Wirtschaftspolitik Nkrumahs, die das Land nach Aufzehrung der in der Kolonialzeit angesammelten Reserven in eine schwere Verschuldung stürzte. Die Sanierung ist noch im

Gange, und der erhoffte Übergang von der Stabilisierung zu neuer Entwicklung konnte noch nicht erfolgen.

Andere Länder wie *Gambia*, *Dahomey*, *Togo*, *Obervolta* und *Niger* haben ebenfalls vor allem mit strukturellen Schwierigkeiten zu kämpfen, aus denen ein Ausweg aus eigener Kraft schwer erkennbar ist.

Wenig beachtete Fortschrittsfaktoren

Westafrika hat also sichtlich Mühe, die wirtschaftlichen Auswirkungen der an sich als zeitgemäss zu begrüssenden, aber überstürzt erfolgten Erlangung der Unabhängigkeit zu meistern. Bei allem Verständnis für den Wunsch der neuen Staaten, auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu verwirklichen, kann man weder die Schwierigkeiten übersehen, die sich diesen Bemühungen entgegenstellen, noch dürfen die positiven Seiten der fortdauernden Beziehungen mit der ehemaligen Kolonialmacht unterschätzt werden, noch die Rolle der vielen europäischen und arabischen, besonders libanesischen Einwanderer, denen Westafrika sozusagen eine zweite Heimat geworden ist. Für seine wirtschaftliche, soziale und geistige Entwicklung sind Wissen, Können, Verständnis und Interesse dieser Menschen von unschätzbarem Wert. Diese positiven Beiträge sollten darum, sei es in einem marktwirtschaftlichen, sei es in einem planwirtschaftlichen Rahmen, als äusserst wertvolle, aufbauende Mitarbeit erhalten werden. Ohne sie wird es auch schwer sein, den Nachwuchs aus dem eigenen Volk heranzubilden, dem in Zukunft die Geschicke Westafrikas einmal anvertraut werden sollen.

Franz Kappeler

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Nachlese zum 1. August: Problematische Modernisierung

Wer zum Ausdruck bringen möchte, dass er wirklich sachlich über Tatsachen zu sprechen gedenke, der greift oft zur Rede-

wendung, er sei kein «Augustredner». Dieser rhetorische «Dreh» ist lange recht gut angekommen; doch in neuester Zeit

will er nicht mehr so recht verfangen. In den letzten Jahren ist auch auf den Festbühnen eidgenössische Selbstkritik Mode geworden. Und da und dort hat man sogar den Versuch unternommen, auch den äusseren Rahmen der Feiern auf betont «modern» umzustilisieren.

Um zunächst bei diesem äusseren Rahmen zu bleiben: Die Modernisierungsversuche sind bisher im allgemeinen nicht besonders erfolgreich gewesen. Einer der Gründe mag darin liegen, dass der Nationalfeiertag in die Ferienzeit fällt. Weder die Politiker noch die Vereine noch andere schöpferische Kräfte fühlen sich in besonderer Arbeitslaune, um neue Formen mit der notwendigen Hartnäckigkeit ins Auge zu fassen und auszuarbeiten. Noch mehr aber fällt wohl ins Gewicht, dass die schweizerische Bundesfeier von allem Anfang an als Anlass ruhiger Besinnung gedacht war. Es ist kein Zufall, dass sie von jeher auf den Abend fiel, ohne Truppenparade und lautes Festgepränge. Das wichtigste ist nach wie vor für ungezählte Mitbürger das Augustfeuer, das die Botschaft der Eid-Genossenschaft von Dorf zu Dorf, von Hügel zu Hügel durch die Nacht signalisiert und damit auf eine symbolkräftige Art erneuert, die wohl tiefer wirkt als alle noch so wohlgesetzten Reden über die Zustände in unserem Lande. Von dieser ganzen Anlage her bleibt bei genauerem Besinnen im Grunde wenig Spielraum für durchschlagskräftige Experimente in der äusseren Gestaltung.

Was nun die «Modernisierung» der Reden betrifft, so belehrt uns ein Blick in die Spalten früherer Zeitungsjahrgänge, dass die Selbstkritik in Augustreden denn doch nicht gar so neu ist, wie heutzutage viele wahrhaben wollen. Neu ist nur die verstärkte Akzentuierung der kritischen Optik, der Versuch einer «Image»-Korrektur des Augustredners, die Neigung zu einem Jargon kritischer Distanz, zum Verzicht auch auf jene selbstverständliche Identifizierung mit diesem Staat und seinem «Establishment», die früher üblich war.

Damit sei nichts gesagt gegen die Berechtigung einer solchermaßen forcierten

nationalen Selbstkritik. Es sei nur vor der Illusion gewarnt, dass auf diese Weise schon irgend etwas Konstruktives gewonnen sei. Kritisches Bewusstsein ist gewiss von grossem Nutzen, und sicherlich war unser öffentliches Gespräch in dieser Hinsicht bisher nicht überdotiert. Letzten Endes hat es aber nur dann wirklich seinen Sinn, wenn es sich zugleich zu einem verstärkten reformerischen Gestaltungswillen verdichtet. Davor aber ist vorläufig bei aller kritischen Öffnung der politischen Diskussion noch nicht allzu viel zu verspüren.

Brandfackeln im Jura

Im Jura ist der 1. August dieses Jahr nicht zu einem Tag der stillen Einkehr, sondern zu einem Fanal geworden, das für die nächste Zukunft nicht viel Gutes verspricht. Nachdem die Kommission Pettipierre einen vorzüglichen Bericht mit sehr fundierten Vorschlägen ausgearbeitet und die bernische Regierung im Anschluss daran mit grösster Aufgeschlossenheit und Speditivität einen Fahrplan für Entscheidungen aufgestellt hat, die weitgehend in die Hände der Jurassier selbst gelegt sind, scheinen nun die Separatisten gewillt zu sein, durch Mobilisierung ihres beträchtlichen Störpotentials für neue Unruhe und Ungewissheit zu sorgen. «Wir wollen niemals die bernische Maske auf dem Gesicht», erklärte der «Chefideologe» der Separatisten, Roland Béguelin, und sprach sich damit kategorisch gegen ein Autonomiestatut innerhalb des Kantons Bern aus.

Den vorläufigen Höhepunkt fand diese mehr unterschwellig als offen geführte Gegenkampagne am 1. August in der Gemeinde Bressancourt bei Pruntrut, wo ursprünglich eine Augustfeier der Antiseparatisten geplant war, die dann aber abgesagt wurde. Das hinderte jedoch einen 400 Mann resp. Jugendliche starken separatistischen «Stosstrupp» nicht daran, trotzdem auf der Szene zu erscheinen und mit Steinen und brennenden Fackeln gegen die Häuser einzelner Antiseparatisten mit

deutschschweizerischem Namen vorzugehen. Die Antiseparatisten, deren Sinn sich ebenfalls zusehends verhärtet, haben daraufhin mit der Bildung bewaffneter Bürgerwehren gedroht.

So steht man unter dem Eindruck, dass es bei all den guten Ansätzen, die sich in letzter Zeit herausgebildet haben, noch grosser Anstrengungen bedarf, um einen neuen totalen Fehlschlag zu vermeiden. Zu viele haben zu oft Wind gesät, als dass es ohne einzelne Stürme abgehen könnte. Die politische Kunst wird darin bestehen, diese Stürme so einzudämmen, dass sich letzten Endes doch ein gangbarer Ausweg aus dem Dickicht bahnen lässt.

Die Ferien des Bundesrates

Es ist längst kein Geheimnis mehr: Unsere Bundesräte sind fast durchwegs überlastet. Die Amtszeiten werden kürzer, manchmal aus rechtzeitiger Einsicht, dass die Kräfte schwinden, immer häufiger aber auch durch das direkte Veto der Natur selbst. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Zahl jener Magistraten, die durch gesundheitliche Schäden unvermutet zum Ausscheiden gezwungen wurden, bedenklich gestiegen.

Um so eher müsste man eigentlich meinen, dass unsere Landesväter darauf bedacht wären, wenigstens ihre nicht übertrieben langen Ferien voll zur Erholung auszuschöpfen. Statt dessen sehen sie sich immer wieder gezwungen – oder glauben es zu sein, – ihre «Schonzeit» durch Amtshandlungen unterbrechen zu müssen. Der Bundeshausredaktor der «Basler Nachrichten» hat in der Ausgabe vom 26. Juli darauf hingewiesen, dass einer der hohen Herren aus dem Ferienhaus zum offiziellen Tag des Eidgenössischen Schützenfestes reiste; ein anderer verschob den Ferienantritt wegen eines internationalen Kongresses, an dem er die Honneurs machte, und kam später nochmals zurück, um ein neues Telephonkabel in den Fernen Osten einzuweihen. Die Reihe könnte sicherlich mit Leichtigkeit fortgesetzt werden. Es stellt

sich die Frage: Ist das nun löblicher Pflichteifer? Oder ist es nicht vielmehr falsch verstandenes Verantwortungsgefühl, das letzten Endes den Magistraten – und damit auch dem Lande – eher zum Schaden als zum Nutzen gereicht?

Spekulationen um Vakanzen

Einen besonders extremen Fall fragwürdiger magistraler Feriengestaltung bildet die «private» Afrikareise unseres Aussenministers Bundesrat Spühler. Wenn ein Chef des Politischen Departements nach Ostafrika «in die Ferien» fährt und dabei laufend mit führenden Politikern konferiert, um sich bei seiner Rückkehr verpflichtet zu sehen, dem Gesamtbundesrat wie der Presse Red und Antwort zu stehen, so mutet das doch recht merkwürdig an. Eine Erklärung für derartige «Ferienreisen» lässt sich nicht leicht finden, es sei denn, man nehme jene Gerüchte für bare Münze, die von konkreten Rücktrittsabsichten unseres reiselustigen Aussenministers wissen wollen, wobei die einzige Unklarheit noch darin bestehe, welchen Zeitraum die weiteren, recht vielfältigen Reisepläne Bundesrat Spühlers beanspruchen werden . . .

Sicher ist jedenfalls, dass die Kulissenpekulationen wieder einmal voll im Schwunge sind. Falls Bundesrat Spühler auf Ende Jahr oder auf den Frühling zurücktreten sollte, so besteht nach Ansicht mancher Auguren die reale Möglichkeit weiterer Vakanzen. Diese Perspektive ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, und wäre es nur deshalb, weil bei der komplizierten Wahlgeometrie im Allparteienbundesrat eine Einervakanz meist allzu wenig Spielraum lässt. Im vorliegenden Fall wäre allerdings ein vorübergehender Verlust des «Zürcher Sitzes» denkbar, indem auf Bundesrat Spühler der Waadtländer Nationalrat Graber folgen könnte. Das Verhältnis zwischen den Sprachregionen könnte dann bei nächster Gelegenheit, spätestens aber in zwei Jahren, wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.

Für den Zeitpunkt des Ablaufs der gegenwärtigen Legislatur im Herbst 1971 wird nämlich ein grosses Revirement vorausgesetzt; und tatsächlich scheint es nicht ausgeschlossen, dass 1972 nur noch zwei, eventuell sogar nur noch einer der gegenwärtig aktiven Landesväter im Amte sein werden.

Frauenstimmrecht in den Zürcher Gemeinden?

Am 14. September werden die Zürcher Stimmberechtigten darüber zu entscheiden haben, ob die Gemeinden des Kantons die Möglichkeit erhalten sollen, das Frauenstimmrecht in kommunalen Angelegenheiten einzuführen. Die Kampagne hat bis jetzt – im Gegensatz zu jener vor drei Jahren, als es um das volle Stimmrecht ging – noch keine allzu hohen Wellen geworfen. 1966 standen sich 53,6% Nein und 46,4% Ja gegenüber. Das bedeutete gegenüber der eidgenössischen Abstimmung von 1959 immerhin eine Reduktion des Neinüberschusses von 54800 auf 14400. Nun macht es den Anschein, als ob es gelingen könnte, mit der Methode der «kleinen Dosen» einigermaßen reibungslos weiterzukommen. Von grosser Bedeutung wird dabei sein, ob der Widerstand in den ländlichen Gebieten noch immer so massiv sein werde wie 1966. Damals gab es bäuerliche Gemeinden mit über 90% Stimmbeteiligung und einer erdrückenden Mehrheit von Neinstimmen, während in den befürwortenden städtischen und halbstädtischen Gebieten die Leidenschaften keine so

hohen Wellen warfen, lag bei ihnen die «Rekordstimmeteiligung» doch bei nur 67%.

Es mag fast als Zwängerei erscheinen, dass im Kanton Zürich nach nur drei Jahren ein neuer Anlauf erfolgt. Andererseits hat sich aber nach den Beispielen der Kantone Bern und Graubünden mit dem erfolgreichen stufenweisen Vorgehen sowie nach dem knappen Resultat von 1966 ein Versuch in dieser Richtung geradezu aufgedrängt. Bekanntlich haben im Kanton Bern in verhältnismässig kurzer Zeit nicht weniger als 200 Gemeinden von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die politische Gleichberechtigung der Frauen auf kommunaler Ebene zu verwirklichen. Ausgangspunkt für die heutige Vorlage bildete übrigens eine Behördeninitiative des Stadtrates von Zürich im Jahre 1967, die von Regierungsrat und Parlament sehr speditiv behandelt worden ist. Der Kantonsrat billigte dabei die Verfassungsänderung mit 134 zu 5 Stimmen. Inzwischen haben bereits einzelne Gemeinden bedingte Abstimmungen mit positivem Ausgang durchgeführt, während andere – wie die Stadt Zürich – am 14. September neben der Verfassungsvorlage zugleich die entsprechende Abänderung der Gemeindeordnung vor das Volk bringen.

So deutet einiges darauf hin, dass bei den Zürcher Gemeindewahlen vom nächsten Frühling ein beträchtlicher Teil der Frauen das Recht zum Urnengang haben wird.

Spectator

KIRCHE – APO – ANTITYP

Betrachtungen zum 14. Deutschen Evangelischen Kirchentag

Der Kirchentag wurde von 1949 bis 1954 alle Jahre abgehalten, 1954 zum letzten Male in der Ostzone. Von da an fiel der Eiserne Vorhang für den Besuch aus dem

russischen Besatzungsbereich. Nach dem Schock der Trennung wurde ein zweijähriger Turnus aufgenommen. Immer schon war die Jugend stark beteiligt. Seit in

Deutschland sich die Generationen polarisieren und in der Jugend der *Antityp* zur technisch-wissenschaftlichen und industriell-kommerziellen Leistungswelt stärker hervortritt, verwandelte die Jugend ihre Vertretung und Aktion am Kirchentag im Sinne ihres Misstrauens gegenüber dieser Gesellschaft. Der Stuttgarter Kirchentag wurde eine Schau der *Opposition*. Wie diese Opposition zu benennen ist und was sie anvisiert, lässt sich nicht in einem einzigen Wort sagen. Ich versuche nach der kurzen Darstellung des Programms, das sich der Kirchentag gesetzt und durchgeführt hat, eine Interpretation zu geben.

Breites Spektrum der Themen und Interessen

Der Kirchentag steht unter der Leitung einer Arbeitsgemeinschaft, die sich selbst ergänzt und deren Präsident *Richard von Weizsäcker* (ein Unternehmer und Bundestagsabgeordneter aus der bekannten Physiker- und Philosophenfamilie), deren Generalsekretär und eigentlicher Manager *Hans Hermann Walz* ist, ein Politologe von nüchterner systematischer Prägung und frei von Emotionen. Trotz seines Namens ist der Kirchentag keine Institution der Kirchen, sondern eine freie, wesentlich von engagierten Christen ausserhalb der theologischen Zunft getragene und geförderte Veranstaltung. Sie ist seit jeher durch das erfolgreiche Bestreben gekennzeichnet, Theologie und aktuelle Weltgestaltung miteinander in fruchtbarem Kontakt zu halten. Der Kirchentag ist darum ein Forum, wo die Ideen der Gegenwart behandelt werden.

Zum Deutschen Evangelischen Kirchentag gehört wesensmässig die Welt wie sie ist, denkt, hofft. Man kann nur erwarten, dass es zu Auseinandersetzungen kommt, die Christen mit der geistigen Realität unserer Tage zu führen haben. Um diesen Sinn zu erfüllen, ist schon die Themawahl, sowohl im ganzen wie im einzelnen, von grösster Bedeutung. Für diesmal entschloss man sich zu einer Wendung aus der Bergpredigt:

«*Hungern nach Gerechtigkeit.*» Das war zum mindesten ein Aushänger. Die theologischen Referate bewegten sich abseits vom Gerechtigkeitsproblem. Das musste sich rächen. Theologie und Welt kam zwar auf demselben Gelände zusammen. Aber der Schwerpunkt der theologischen Bemühung ging um die Frage, wie weit die mythologischen Aussagen über Jesus sachgemäss und zumutbar seien, um ihn heute zu verstehen. Die an der Welt orientierten Themen bewegten sich in einem Feld der sozialen und politischen Problematik. Es gab drei theologisch orientierte Arbeitsgruppen, nämlich «Streit um Jesus», «Gottesfrage», «Kirche» und vier soziopsychologische oder sozialpolitische unter den Titeln «Der einzelne und die anderen», «Demokratie», «Gerechtigkeit in einer revolutionären Welt», «Tribunal zur Ermittlung des Glücks».

Man müsste noch sehr viele hochinteressante Ergänzungen beifügen, so die Vorlesungsreihe «Recht, Gerechtigkeit und Gewalt» in der der Prager Ideologe *Milan Machoveč* die humanen Aspekte des Marxismus forderte und verteidigte, wo über die Gewaltlosigkeit und über die Bedeutung des versuchten Tyrannenmordes vom 20. Juli 1944 debattiert wurde. Es gab die Arbeitsgemeinschaft «Juden und Christen», wo sich auch Christen und Mohammedaner begegneten. Es gab neben verschiedenen Abendmahlsgottesdiensten die gern besuchten erbaulichen Abende mit Professor *Eduard Schweizer* aus Zürich. Moderne Gottesdienstformen verschiedener Art wurden gezeigt und besprochen. Es gab Kabarett und Theater, verschiedene Kunstausstellungen, nicht zuletzt auf dem Markt von Stuttgart Hearings. Es stellten sich Minister und Bundestagsabgeordnete zur Verfügung um zu predigen, zu referieren, zu diskutieren. Es wurden über zehntausend Dauerkarten und über vierzigtausend Tageskarten gelöst, fast die Hälfte von jungen Leuten in der Ausbildung und im Studium. Der Jugend wurde eine Halle zur Verfügung gestellt, wo sie frei schalten und walten konnte.

Die Buchausstellung evangelischer

Buchhändler in Stuttgart war auf Unterricht und Erbauung hin angelegt und daher das einzige Einseitige an diesem vom Göttemmel der Hoffnungen und Utopien, der Theorien und Forderungen erfüllten Kirchentag. Das Kulturprogramm brachte alte und neue Musik.

Streit um Jesus

40 Prozent der Besucher wählte die Teilnahme an der Arbeitsgruppe «*Streit um Jesus*». Die nächste Gruppe «Gerechtigkeit in einer revolutionären Welt» vermochte nur 12 Prozent zu interessieren. Fast gleich gross war die Gruppe «Gottesfrage». Das theologische Gespräch, auf das die Gemeinde und die studierende Jugend so neugierig war, wurde von Vertretern der konservativ konfessionellen Kreise aus der Gruppierung «Kein anderes Evangelium» geführt. Diesen standen Dozenten der führenden Universitätstheologie gegenüber. Für sie ist die Zeit vorbei, von Jesus in den alten Bekenntnisformeln «wahrer Gott und wahrer Mensch», «geboren aus der Jungfrau Maria» zu reden. Sie sind überzeugt, dass die Gemeinde um so mehr Wahrheit erfährt, je weniger Mythologie ihr zugemutet wird, ja dass das Reden in der Sprache des alten Weltbildes dem Glauben schadet. Der Mensch habe nur eine einzige Welt und ihre Sicht. An den Tramwagen prangte ein Plakätchen, dessen Text auch im Schleppe eines Flugzeuges über dem Kirchentagsgelände auf dem zum grossen Park gestalteten Killesberg hin und hergeflogen wurde: «Darf Jesus auferstehen?»

Fleischwerdung, Auferstehung und Wiederkunft Jesu waren die Diskussionsfragen, welche die einen nach dem Buchstaben als objektive Tatsachen und die andern nach dem Geist als Ausdrucksformen für die Bedeutung Jesu wahr haben wollten. Um Wahrheit ging es allen. Aber die einen fürchteten um die Sache, um die Wirklichkeit, die andern um den Geist, um die Wahrheit. Von beiden Seiten wurde bewiesen, dass Geist und Wirklichkeit je in Auffassungen lag. Vielleicht wuchs, ob-

schon der Ausgang steril blieb, doch der Respekt vor dem Ernst des Gegners. Beide Seiten hatte kluge Disputanten aufgeboten, wenngleich anzumerken wäre, dass die unbittlichsten Denker der radikalen Theologie offenbar nicht geladen und aufs Programm gesetzt worden waren. Vermutlich lag den Veranstaltern mehr an der Teilnahme der Konservativen, die eben die radikalen Leugner alter Bekenntnisse auch als Gesprächspartner ablehnen.

Die theologische Haltung des Kirchentages kommt am ehesten übrigens in den Bibelarbeiten am Morgen zum Ausdruck. Sie waren der Bergpredigt Jesu gewidmet, Texten also, die in der Gemeinde nicht zu Anstössen hinsichtlich der Bibel führen, wohl aber im Blick auf die Wirklichkeit von Kirche und Welt. Hier wird Existenz in Frage gestellt. Hier wird Gehorsam verlangt. «Der Glaube ist stärker als die Realität dieser Welt.» Dieser Satz eines in der Bibelarbeit tätigen theologischen Publizisten löste auch grossen Beifall aus. Hier wird überhaupt wie einst im Altertum die Verkündigung dem Beifall oder dem Missfallen der Hörer ausgesetzt. Man sitzt nicht «unters Wort». Man steht ihm *gegenüber* als dem verantworteten Wort eines Auslegers. Der Prediger hat es mit der stets wachen Kritik seiner Zuhörer zu tun. Das ist gut, wäre gut so – ein Vorbehalt bleibt: Dieses Publikum suchte und unterstützte das Schlagwort, das Reizwort, das es von der Strasse her kannte.

Verwirrte Jugend

Früher konnten die Pressephotographen Bilder liefern, wo die weissen Hauben über den schwarzen Röcken der Diakonissen sich haufenweise wie die Tauben auf dem Venediger Markusplatz zusammenscharten. An diesem Kirchentag waren sie Einzelzelle. An diesem Kirchentag gab es Zoten an den Wänden des Jugendzentrums neben Wandzeitungen im Stil von Maos Kulturrevolution, neben Spottworten, die Jesus selber nicht verschonten. So hat sich der Kirchentag aus einer Kundgebung der

Gläubigen in eine solche von Menschen verwandelt, die die Realität Gottes mehr suchen als behaupten, die sie mehr sozial und politisch im menschlichen Wagen bewährt sehen wollen als im für wahr gehaltenen Dogma. Es treffen sich miteinander Unangefochtene und Angefochtene, aber eben auch Sucher im alten Stil des Gottsuchers mit Provokateuren, Kritikern des Kirchenglaubens im Namen der Humanität – und, sagen wir es offen: auch Kommunisten der utopischen Richtung, Anarchisten, Mao-Fans und daneben wieder wahrhaft vom Elend und von der Ungerechtigkeit umgetriebene Freunde Biafras. Biafra, die britische Politik verdrängte diesmal Vietnam und den Antiamerikanismus.

Daraus lässt sich wenigstens ersehen, dass die wirklichen Kommunisten nicht im Spiel sind, wenn die Kirchentagsjugend ihre Vorstöße für die Anerkennung der DDR macht. Dieselbe fordert von Bonn eine diplomatische Offensive zugunsten Biafras und verlangt den Verzicht auf die polnisch verwalteten Provinzen. Diese Jugend ist an ihrer Zukunft orientiert. Sie möchte diese Zukunft nicht mit Aufgaben und Mandaten belastet sehen. Sie will die Freiheit als freie Wahl der Lebensziele. In diese Orientierung hinein gehört es, dass die Jungen die alte lutherische Ordnungstheologie verwerfen, von Naturrechten nichts wissen wollen und darum auch keine wirkliche, an den Grundrechten orientierte Liberale sind, sondern «Liberale» in jenem fragwürdigen Sinn der «weichen Linie», der Grundsatzlosigkeit.

Was wie Grundsätze aussieht, ist nämlich die vom Gegner bezogene, ihm entgegengesetzte Meinung. Es sind Gegengrundsätze, Antiprinzipien, wie diese hier vertretene Jugend der Antityp der Generation ist, welche mit Arbeit, mit Disziplin, mit Team-work, mit wissenschaftlicher Durchdringung und Nüchternheit, mit technischer Raffinesse zum Mond fährt. Diese Jugend leiht sich von der Bergpredigt Jesu das Recht, gegen die Leistung, das menschliche Werk, die Industrie, den Staat, die Wissenschaftsschule die grösseren

Ziele zu verfechten: die Liebe, den Frieden, das Menschsein, das Hoffen auf morgen. Und hoffen steht hier gegen planen, arbeiten, sich einordnen, dienen, gehorchen. Diese Jugend nimmt aus den grossen Forderungen Jesu, die auf eine Aufhebung des Bösen zielen, das Recht zu Antidemonstrationen gegen die Parlamente (auch gegen den württembergischen Landtag), wenn sie im Dienst der Ordnung legiferieren.

Im Grund ist diese zu kritischen Gruppen umfunktionierte, manipulierte, verwirrte Jugend ohne Ziele, ohne leitende Einsichten, ohne kritische Werturteile. Vor dem aufgeblasenen Luftballon ihrer Utopien verachtet sie das nüchterne Bestandteilchen, die Rädchen, Schraubchen, Transistoren des Glücks der Welt. Sie lässt Seifenblasen steigen, wie man das buchstäblich in Vorträgen geschehen sah; sie tut es auch im Reich der Phantasie. Sie nimmt Fiktionen für wahr, plädiert widersprüchlich. Sie treibt Soldaten dazu, ihre Dienstpflicht zu verweigern im Namen der Gewaltlosigkeit, und gleichzeitig verteidigt sie die revolutionäre Gewalt. Sie preist den Frieden, und gleichzeitig organisiert sie die Entfaltung der Aggression. In den «Kinderläden» der Berliner Studenten, für die auch geworben wurde, werden die Kinder «antiautoritär» erzogen, indem man ihnen nichts verbietet, sondern sie frei einander mit Bauklötzen auf die Köpfe schlagen lässt. Die Eltern hoffen auf einen friedliebenden Nachwuchs, indem sie die Aggression nicht unterdrücken. Sie erwarten Gerechtigkeit durch Abwesenheit einer (wie sie es nennen: «repressiven») Ordnung. Wie aus Freud, aus Marx und Marcuse, so wird die höhere Berechtigung dieser Dialektik auch aus dem Evangelium entnommen. Es sind die Evangelischen Studentengemeinden, die zu derartigen Interpretationen einer aktualisierten Predigt Jesu geworden sind.

Dahinter stehen ernst zu nehmende Anregungen von seiten führender Theologen. Es ist kein Zweifel, dass diese Betrachtungsweise im Vergleich zu ihrem Gegenstück, zu der nur für Trostgründe verwen-

deten Verkündigung, dem wirklichen Jesus näher steht. Jesus war im Rahmen seiner religiösen Umgebung ein gewaltloser, aber nichts desto weniger gefürchteter Rebell. Ihn als Zentrum einer geistigen Rebellion wieder zu erwecken und dadurch das Christentum als weltwirksame Bewegung aufs neue anzufachen, ist das eifrige Bemühen der revolutionären Theologie.

Der Kirchentag enthüllt einen wilden Aufbruch einer Reformation, die mehr mit Thomas Müntzer als mit Martin Luther gemein hat. Dazu passt auch die Attacke, die gegen die Kindertaufe geritten wurde (in den Diskussionen der Arbeitsgruppe «Kirche»). Daher verbindet sich diese theologische Gruppe mit der Provokation, wie sie der Sozialistische Deutsche Studentenbund betreibt. Vereint mit der «neuen Linken» verfolgt sie die Verunsicherung der Ordnungswelt, der parlamentarischen (als bloss formal verschrienen) Demokratie. Sie wird Gefährtin einer radikalen ausserparlamentarischen Opposition und schreitet über das hinaus, was Karl Barth, Heinrich Vogel, Helmut Gollwitzer und andere theologische Lehrer, auch Martin Niemöller, gewollt haben. Weil der Sturm auf die Ordnungswelt frontal die Sexualordnung und ihre Moral angreift, wird solche Theologie auch darin zur Komplizin.

Mit Notwendigkeit musste daher ein Kirchentag, wo der rebellierenden christlichen und neomarxistischen Jugend Raum gegeben wurde, ein verwirrendes Bild erzeugen. Die Verfechter der alten Ordnung tadelten daher die Rebellen, sie würden Kirche und Theologie in Trümmer zerschlagen. Ein kritischer katholischer Schriftsteller, Kraemer-Bodoni, sagte denn auch offen, dass das Christentum in Wahrheit nur ausserhalb der Kirche leben könne.

Um eine Rolle der Kirche in der heutigen Zeit

Was dem Kirchentag fehlte, ist zugleich unausweichliche Aufgabe für heute und morgen. Die christlichen Theologen müssen neu bedenken und formulieren, was das

Verhältnis der Kirche und des Evangeliums zu den gesellschaftlichen Ordnungen ist. Sie müssen die Diakonie der Kirche in der Welt beschreiben. Worin und womit dient die Kirche? Welches ist ihre kritische, welches ihre ordnende und aufbauende Rolle? Hat sie eine neue Moral für die Ehe, die Familie in unserer Zeit? Weiss sie der Menschheit eine Konzeption für das Leben der Nationen als Völker und Mitvölker in gegenseitiger Verantwortung? Kennt sie den Ort, den Auftrag, die Grenzen der Industrie, des Handels, der Wissenschaft und der Technik? Weiss sie um leitende Ideen? Kennt sie fundamentale Werte? Gibt es eine neue, der psychologischen Erkenntnis angemessene christliche Erziehung? Wie verwirklicht der Christ Liebe?

Alle diese Fragen gären unerledigt in der Jugend. Sie gibt darauf eigenwillige, assoziativ aus alten Überlieferungen erschlossene Antworten, die – so unverbunden, wie sind, so bar jeden inneren Zusammenhangs und jeder Systematik – sich widersprechen. Sie braucht eine neue, mit dem heutigen Wissen und mit der kommenden Entwicklung der globalen Gesellschaft samt ihren technischen Möglichkeiten im Einklang stehende Theologie, die zugleich eine Erweckung der Gewissen sein muss. Es ist eine grossartige, begeisternde Aufgabe, sich dieses brodelnden Topfes voller Irrtümer und Wahrheiten anzunehmen. Die Verbindung von Wissen und Gewissen in einem lebendigen Glauben an die Autorität Jesu Christi und seines Evangeliums, um damit Verantwortung wieder möglich zu machen, brennt die wachsten unter den Theologen. Auch die Frage des Gottesdienstes und die andere Frage des Gebets hängen mit der Suche nach dem heutigen Wort Gottes zusammen.

Es ist wichtig, dass alle diese aufgewühlten Menschen beisammen bleiben und dass die Vertreter alter Ordnungsgedanken sich nicht pharisäergleich abwenden. In dieser Bemühung behält der Deutsche Evangelische Kirchentag nicht nur seine alte Bedeutung. Sie ist sogar grösser und wichtiger geworden denn je. Die Schweizer

Beteiligung ist zu einem kleinen Grüpplein von rund hundert Teilnehmern zusammengeschmolzen. Die Schweizer halten das für typisch deutsche Probleme. Sie irren sich. Nur die Ausdrucksform ist charakteristisch deutsch geprägt, nämlich emotionell, wortreich, vorlaut, utopistisch. Es mangelt an Sachlichkeit, an politischer Vernunft, an Wissen. Aber die Probleme selbst sind die

von ganz Europa und seiner Christenheit. Es wird die Möglichkeit eines christlichen Abendlandes, einer humanen Welt überhaupt verhandelt. Wenn es auch vielfach unsachgemäss geschieht, so werden doch die Sachen selbst durch den wilden Wogenschlag der Diskussionen zu Tage gefördert.

Max Schoch

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE CHRONIK

«Opération vérité» in Frankreich

Am 26. Juni erläuterte die Regierung Chaban-Delmas vor der Nationalversammlung ihr Regierungsprogramm. Soweit die wirtschaftlichen Fragen zur Diskussion standen, stellte der Regierungschef seine Erklärung unter die Leitlinie: «Rückkehr zum Gleichgewicht unter *Aufrechterhaltung* der Währungsparität.» Die «neue» Wirtschaftspolitik versprach, grosso modo, eine Fortsetzung des Kurses, der schon von de Gaulle eingeschlagen worden war. Sehr dezidiert wandte sich Chaban-Delmas gegen eine Abwertung des Franc. Eine Abwertung komme nicht in Frage, rief er den Abgeordneten in der Nationalversammlung zu. Zwar befinde sich Frankreich in einer Lage, die durch Ungleichgewichtsstörungen charakterisiert sei; und das Vertrauen in die Währung sei ebenfalls noch nicht wieder hergestellt. Die notwendigen Korrekturen müssten über eine dosierte *Restriktionspolitik*, vor allem über die Kredit- und Budgetpolitik, erfolgen. Eine eigentliche Deflationspolitik dagegen komme, wohl aus Furcht vor den sozialen Konsequenzen, nicht in Frage. Diese Erklärung des Regierungschefs war unter den damals sichtbaren Verhältnissen einleuchtend und massvoll; sie wurden von den Beobachtern der französischen Szenerie praktisch durchwegs zum Nennwert genommen.

Am Abend des 8. August überraschte die französische Regierung die Öffentlichkeit mit der Nachricht, dass der Minister-

rat in einer Sondersitzung beschlossen habe, den Franc um 12,5% abzuwerten (Senkung des Goldgehaltes des Franc von 18 Gramm auf 16 Gramm). Die Öffentlichkeit und die «Fachgelehrten», und dies nicht nur in Frankreich, waren *perplex*; die Überraschung war vollkommen gelungen. Eine Abwertung, wie sie im Lehrbuch steht, ist in die Tat umgesetzt worden. Die französische Währungsoperation wurde mit einer Eleganz sondergleichen durchgeführt, die in auffallender Weise zur Situation in der Bundesrepublik kontrastiert, wo das Problem einer möglichen Aufwertung der D-Mark in höchst unadäquater Weise zerredet wird. Wohl niemand wird es der französischen Regierung verübeln, dass sie bereits wenige Wochen nach ihrem Amtsantritt in einem absolut essentiellen Punkt *gegen* ihre Regierungserklärung gehandelt hat. Änderungen von Währungsparitäten haben in ihrer rein technischen Durchführung ihre Tücken. Sie müssen, wenn sie frei von äusserem Druck erfolgen sollen, wie ein Blitz aus heiterem Himmel kommen; sie müssen, wenn die negativen Rückwirkungen auf den Devisenmärkten möglichst klein gehalten werden sollen, wenn insbesondere erreicht werden soll, die äusserst fein reagierende Spekulation zu überspielen, in einem Zeitpunkt erfolgen, in dem sie niemand erwartet. Diese Bedingungen konnten von der französischen Regierung in geradezu optimaler Weise eingehalten werden.

Wie sich *nach* der Abwertung durch

die Erklärungen des Wirtschafts- und Finanzministers *Giscard d'Estaing* herausgestellt hat, war die Abwertung durch den anhaltenden Devisenabfluss offenbar zu einer absoluten *Notwendigkeit* geworden. Frankreich hat in der zweiten Hälfte 1968 im Monatsdurchschnitt 500 Millionen \$ und in der ersten Hälfte 1969 noch immer im Monatsmittel 200 Millionen \$ verloren. Das sind gewaltige Beträge, die, hätten sie in der gleichen Sequenz angehalten, Frankreich devisenpolitisch hätten ausbluten lassen. Diese Devisenlage Frankreichs war vor der Abwertung nicht bekannt, weil es die Bank von Frankreich verstanden hatte, die Abflüsse, die *nota bene* in einem Regime strenger Devisenzwangswirtschaft zustande gekommen waren, in ihren Ausweisen zu tarnen. Noch im Ausweis vom 4. August war von einem Rückgang der offiziellen Devisenreserven im Juli von 15,8 Millionen \$ die Rede! Die rückläufige Tendenz in der Beanspruchung der französischen Währungsreserven wurde gelobt! Damit ist gleichzeitig, was allerdings längst bekannt ist, der *relative Wert* solcher Mitteilungen mit aller Brutalität dokumentiert; die tatsächliche Devisenlage eines Landes kann auf Grund der offiziellen Mitteilungen solange nicht endgültig beurteilt werden, als die Beanspruchung der einem Lande zur Verfügung stehenden internationalen Kredite nicht angegeben werden muss.

Allgemein positive Reaktionen

Die Taktik der Überraschung gehört zu den Spielregeln einer gekonnt durchgeführten Änderung der Wechselkurse. Es wurde deshalb auch im allgemeinen dieser Aspekt der französischen Währungspolitik *nicht* kritisiert. In Frankreich selbst wurde sie als eine Abkehr von de Gaulles Währungspolitik gedeutet, die zumeist im Dienste der grossen Politik stand. Sie hatte sich deshalb nicht erst in der Endphase der Ära de Gaulle bisweilen erheblich von den Realitäten entfernt. Jedoch ist es nicht ausgeschlossen, dass der Abwertung in

Frankreich eine Reihe *sozialpolitischer Konsequenzen* folgen wird. Die Gewerkschaften haben jedenfalls schon sehr imperativ ihre Forderungen für den Fall angemeldet, dass es zu spürbaren Preissteigerungen kommen sollte. Frankreich muss deshalb darauf achten, dass der nunmehr erreichte Abwertungsvorsprung nicht zu rasch durch Preis- und Lohnsteigerungen aufgesogen wird. England steht hier als warnendes Beispiel.

Die Reaktion in den *USA* war durch Gelassenheit gekennzeichnet. Sie war getragen von der Einsicht, dass ein solcher Schritt Frankreichs grundsätzlich der Stabilität der internationalen Währungsordnung dient, andererseits aber momentan der Stellung des Dollars nicht viel anhaben kann. – *Grossbritannien* dagegen sieht sich plötzlich in eine wesentlich ungemütlichere Lage versetzt. Seine Währungsposition ist nach wie vor sehr angespannt; nichts käme der britischen Regierung so ungelegen wie eine neue Misstrauenswelle gegen das Pfund Sterling. Es ist offensichtlich, dass die Stellung des Pfundes noch schwächer geworden ist. Die City selbst war am Wochenende vom 17. August (Redaktionschluss dieses Berichtes) von neuen Abwertungsgerüchten erfüllt.

In der *Bundesrepublik* hat man sich offiziell sofort beeilt festzuhalten, dass der Entschluss Frankreichs die Bundesrepublik *nicht* veranlassen könne, die eigene Position in der Währungspolitik zu überprüfen. «Es wird nicht aufgewertet», war der allgemeine offizielle Tenor. Natürlich muss diese Haltung aus der Wahlsituation heraus verstanden werden, in der sich die Bundesrepublik momentan befindet und in der die Aufwertungsfrage eine dominierende Rolle spielt. Es ist denn auch offensichtlich, dass die Versicherung der Regierung Kiesinger, dem französischen Schritt nicht in umgekehrter Richtung zu folgen, kaum zu ihrem absoluten Wert genommen werden kann. Entscheidend wird vielmehr sein, *wie* die neue Regierung aussehen und wie sich der Boom in der Bundesrepublik bis nach den Wahlen entwickelt haben wird. Es scheint jedoch,

dass der Abwertungsbeschluss Frankreichs die Wahlposition der CDU/CSU gestärkt hat, da er – scheinbar – den Nichtaufwertungsbeschluss der Bundesregierung vom Mai dieses Jahres als «gerechtfertigt» erscheinen lässt. Die CDU/CSU hat denn auch nicht gezögert, diese Argumentation sofort kräftig auszunützen.

Auch die Reaktionen in der Schweiz waren im allgemeinen zustimmend. Zwar könnte die französische Abwertung unsere Aussenhandelsposition tangieren; der negative Einfluss wird jedoch im Blick auf den von Frankreich gewählten Abwertungssatz nicht nur als tragbar erachtet, sondern als konjunkturpolitisch geradezu erwünscht bezeichnet. Es wäre allerdings übertrieben, wollte man in der französischen Abwertung eine Lösung unseres Konjunkturproblems sehen.

Als einzige heftige Reaktion ist jene der EWG hervorgetreten. Abgesehen davon, dass Frankreich die EWG weder konsultierte noch von seinem Abwertungsplan in Kenntnis setzte, haben Wechselkursänderungen innerhalb des Gemeinsamen Marktes tiefgreifende *agrarpolitische Folgen*. Die wichtigste Konsequenz liegt darin, dass sich die französischen Agrarpreise, soweit sie in der gemeinschaftlichen Marktordnung in Rechnungseinheiten festgelegt sind, automatisch um den Abwertungssatz steigen. Es ist jedoch kaum anzunehmen, dass das aus der französischen Abwertung für die EWG-Agrarmarktordnung entstandene Problem sich zu einer tiefgreifenden Krise innerhalb den Gemeinschaften ausweiten wird.

Flankierende Massnahmen

Die offiziellen Sprecher, die in Frankreich den Abwertungsbeschluss begründeten, hatten bereits angekündigt, dass dieses währungspolitische Vorgehen von *flankierenden Massnahmen* begleitet sein müsse. Die «Opération vérité» umfasst ein grösseres Paket von Massnahmen, um den Abwertungserfolg zu sichern. Die *Kreditpolitik* wird weiter den Regeln der Restrik-

tion unterstellt. Die Regierung ist vor allem daran interessiert, die Rückwirkungen auf das Preisniveau zu «minimalisieren». Durch die Abwertung sind die Einfuhren teurer geworden; es wird angenommen, dass im französischen Verbrauch die Einfuhrkomponente ungefähr 17% beträgt, so dass, wie Giscard d'Estaing feststellte, dann, «wenn alles normal verlaufen wird», bis zum Jahresende eine abwertungsbedingte Preissteigerung von zwischen 1–2% erwartet wird.

Die französische Regierung hat, um allen Eventualitäten zuvorzukommen, unmittelbar nach der Abwertung einen *allgemeinen Preisstopp* verfügt; er betrifft sowohl die Gross- wie die Einzelhandelspreise und soll vorläufig bis zum 15. September Gültigkeit haben. Zudem bleiben natürlich die *Devisenrestriktionen* in Kraft. Die Regierung versucht nun, den Abwertungseffekt mit einer «milden» Restriktionspolitik zu konservieren, mit einer restriktiven Politik also, die kräftig genug ist, um die Boom-Kräfte zu zügeln, gleichzeitig aber nicht die Gefahr einer eigentlichen Rezession heraufbeschwört. Ob diese Gleichgewichtsübung weitere Massnahmen notwendig macht, wird sich im Laufe der kommenden Wochen zeigen.

Anhaltende Boom-Situation in den USA

Die USA kämpfen noch immer gegen die Gefahren einer zu starken Boom-Lage. Die Resultate der Dämpfungspolitik sind weiterhin wenig überzeugend ausgefallen, obwohl sich die Regierung Nixon bemüht, die Entwicklung unter Kontrolle zu bringen. Ein Element dieser Politik war das Ringen der Regierung Nixon um die Weiterführung der *Surcharge*, das heisst des zehnzehntigen Steuerzuschlages auf den Einkommen natürlicher und juristischer Personen, die seinerzeit von Johnson zur Drosselung der Nachfrage durchgesetzt worden war. Nach zähen politischen Auseinandersetzungen wurde nun sowohl vom Senat wie vom Repräsentantenhaus die Verlängerung der *Surcharge* bis zum Ende des Jahres beschlossen.

Die weiteren fiskal- und budgetpolitischen Wünsche der Regierung Nixon wurden dagegen *abgelehnt*, so insbesondere die Fortführung einer fünfprozentigen Surcharge im ersten Halbjahr 1970, die Aufhebung des Investitionssteuerrabattes, die Beibehaltung gewisser Verbrauchs-

abgaben usw. Die Regierung Nixon musste also erheblich zurückstecken; immerhin ist es ihr mit dem erzielten Kompromiss gelungen, wenigstens die Surcharge über die Runden zu bringen.

Oeconomicus

WEITERE BEMERKUNGEN ZUM INTERNATIONALEN WÄHRUNGSPROBLEM

Eine Replik

Die interessanten Ausführungen von Dr. Michael Gal zu meinem Aufsatz in der Juni-Nummer der «Schweizer Monatshefte» erlauben eine schärfere Präzisierung der Meinungsverschiedenheiten über die vergleichsweisen Vor- und Nachteile fixer und flexibler Wechselkurse. Einigkeit besteht, glaube ich, über das *Ziel* der Wechselkurspolitik: Erhaltung und Erweiterung des freien Güter-, Dienstleistung- und Kapitalverkehrs.

In undogmatischer Behandlung des Problems stellt Dr. Gal fest (vorletzter Absatz), dass unter bestimmten Umständen «das System fixer Kurse unterlegen ist» und unter andern Umständen das System flexibler Kurse. Wenn «gewisse Länder in bescheidenem Masse, aber konstant» zu Defiziten «tendieren» und andere zu Überschüssen, sind «flexible Wechselkurse das zweckmässigste Mittel», um das Ungleichgewicht zu beseitigen. Warum nur, wenn das Defizit «bescheiden ist»? Werden die nachteiligen Folgen fixer Kurse, die Dr. Gal schildert, nicht um so mehr ins Gewicht fallen, wenn die Defizite und Überschüsse gross sind?

Nach Dr. Gal sind beide Systeme nur dann «funktionsfähig», wenn ein «Mindestmass an monetärer Disziplin» gewährleistet ist. Dazu möchte ich folgendes bemerken:

1. Fixe Kurse erfordern, wenn Devisenkontrolle und Arbeitslosigkeit vermieden werden sollen, ein vielhöheres Mass an Disziplin, wobei Einigkeit darüber besteht, dass es nicht auf *absolute* Disziplin ankommt, sondern auf das Verhältnis zum Ausland, anders ausgedrückt, auf den Grad der Harmonisierung der monetären Politik.

2. Dieser Grad der Harmonisierung ist heute selten gewährleistet.

3. Die Erfahrung scheint zu lehren, dass die Anforderungen an die monetäre Disziplin bei fixen Kursen ziemlich beträchtlich sind. Das Beispiel Amerikas beweist, dass es oft nicht genügt, um ein Defizit zu vermeiden oder zu beseitigen, nur etwas weniger Inflation zu haben als andere Länder. Von kurzen Perioden abgesehen, hat Amerika weniger Inflation gehabt als andere Länder (die Schweiz und Deutschland *nicht* ausgenommen), und trotzdem ist das Defizit nicht verschwunden. Es ist also für den Zahlungsbilanzausgleich oft erforderlich, dass im Defizitlande das Preisniveau fällt, nicht nur, dass es zur Not stabil bleibt. Ein sinkendes Preisniveau, so wünschenswert es auch sein möge, (nicht nur vom Zahlungsbilanzstandpunkt aus), ist jedoch im Zeitalter der Vollbeschäftigung und des Wachstums, der Lohnstarrheit und des Lohndruckes nirgends mehr möglich.

Herr Dr. Gal bezweifelt meine Be-

hauptung, dass ein fallender Wechselkurs bei flexiblen Kursen ein ebenso starker Anreiz wäre, eine anti-inflationistische Politik zu betreiben, wie eine schrumpfende Gold- und Devisenreserve bei fixen Kursen. Dazu möchte ich Folgendes sagen: Ein sinkender Kurs einer Währung ist ein deutliches Alarmsignal, während eine Verschlechterung der Reserveposition oft auf längere Zeit kaschiert werden kann und in vielen Fällen erst in einem vorgeschrittenen Stadium allgemein sichtbar wird. Nach der kürzlichen Franc-Abwertung hat der französische Finanzminister offen zugegeben, dass die Devisenverluste viel grösser waren, als allgemein angenommen wurde. Dazu kommt noch der folgende Umstand: Bei fixen Kursen kann ein Land, das über eine grosse Devisen- oder Goldreserve verfügt, seine Inflation «exportieren» und damit den Preisdruck im Innern des Landes mildern. Bei beweglichen Kursen muss jedes Land die Inflation (oder Deflation), die es betreibt oder gestattet, selbst auskosten. Kein Land kann bei flexiblen Kursen Inflation oder Deflation (Arbeitslosigkeit) exportieren. Jedes muss die Folgen seiner inneren Geldpolitik in der Form von steigenden (bzw. sinkenden) Preisen selbst tragen. Es folgt daraus, dass bei beweglichen Kursen der Anreiz, Inflation (oder Deflation) zu stoppen, grösser ist als bei fixen Kursen. Daraus, dass der Anreiz gross ist, folgt natürlich nicht unbedingt, dass Inflation, trotz der nachträglichen Folgen, nicht doch weitergeht – bei fixen sowohl wie bei beweglichen Kursen. Leider gibt es dafür nur allzuviel Beispiele – krasse unter den Entwicklungsländern, milde unter den reifen Industrieländern (zum Beispiel Grossbritannien). Wenn ein Land nicht gewillt oder imstande ist, seine Inflation zu meistern, ist häufige Wechselkursanpassung unerlässlich, um immer schärfere Kontrollen oder Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Der bewegliche Kurs mildert die Folgen der Inflation für den Aussenhandel, wenn er sie auch vielleicht nicht gänzlich beseitigen kann. Es ist zu hoffen, dass für die verhältnismässig disziplinierten Industriestaaten ein «crawling peg» und eine

etwas erweiterte Bandbreite genügt. Für hochinflationistische Entwicklungsländer ist allerdings eine stärkere Medizin erforderlich; so sind beispielsweise Brasilien und andere lateinamerikanische Länder dazu übergegangen, den Kurs ihrer Währung alle 8 oder 14 Tage um 1 oder 1½% herabzusetzen. Das ist natürlich ein nichtsweniger als idealer Zustand; aber angesichts der herrschenden Inflation ist ein «trotting peg» immer noch viel besser als das frühere System, unter dem man die Anpassung mittels scharfer Kontrollen jeweils ein halbes Jahr oder länger hinausschob, um dann stark abzuwerten.

Dr. Gal sagt, dass schwankende Wechselkurse mit wirtschaftlicher Integration nicht vereinbar seien. In Erwiderung möchte ich die Frage stellen, ob die französischen Devisenkontrollen und die deutsche «Ersatzaufwertung» der Integration förderlich sind. Die Franc-Abwertung hat dem gemeinsamen Agrarmarkt einen argen Stoss versetzt. Das war bei der Starrheit und hochprotektionistischen Natur der landwirtschaftlichen Marktordnung der EWG unvermeidlich. Man kann nur hoffen, dass eine Diskreditierung dieser der wirtschaftlichen Vernunft widersprechenden Bestimmungen zu einer Abkehr von der dirigistischen und protektionistischen Politik führen wird. Sowohl Gouverneur Carli als auch Dr. Emminger haben sich zu der Erkenntnis durchgerungen, dass sogar innerhalb der EWG eine gewisse Beweglichkeit der Wechselkurse, wenigstens zeitweise, nötig ist, um eine Desintegration des Gemeinsamen Marktes zu verhindern und den Beitritt Grossbritanniens zu ermöglichen.

Ich stimme Dr. Gal vollkommen zu, dass unter dem System flexibler Kurse «jegliche *beschäftigungsorientierte* Interventionen auf den Devisenmärkten» unterlassen werden müssen. Absichtliches Hinunterdrücken des Kurses einer Währung unter das Gleichgewichtsniveau («Unterbewertung»), zum Zweck der Erzielung eines Ausfuhrüberschusses und der damit verbundenen Stimulierung der Wirtschaft und Erhöhung der Beschäftigung, wie es unter dem heutigen System des «adjust-

able peg» («Stufenelastizität») bei jeder Abwertung angestrebt wird, bedeutet eine vollkommene Negierung des Prinzips der flexiblen Kurse. Es würde aber wohl etwas zu weit gehen, jede Intervention der Notenbank auf den Devisenmärkten zu verbieten. Kurzfristige Operationen zur Ausschaltung und Glättung kleiner täglicher Schwankungen müssten wohl erlaubt werden. Persönlich würde ich noch weitere Ausnahmen zulassen: Im Falle einer von ausserwirtschaftlichen Faktoren (durch innere Unruhen und Revolte wie in Frankreich im Mai 1968 oder durch drohenden Kriegsausbruch oder Invasion) verursachten Panik und massiver Kapitalflucht müsste man wohl der Zentralbank gestatten, den Wechselkurs am Markte zu stützen, bis die Gefahr geschwunden ist.

Zum Abschluss sei noch bemerkt, dass das System flexibler Kurse nicht bedeutet, wie es in abstrakten Diskussionen der Kürze halber oft dargestellt wird, dass jede Währung in bezug auf jede andere fluktuiert. Viele kleine Länder würden sich an grosse Nachbarn anschliessen oder sich mit andern Ländern in Währungsblöcken mit fixen Kursen zusammenschliessen. Ferner sind flexible Wechselkurse nicht gleichbedeutend mit wild schwankendem Kurs. Das wäre nur im Falle wilder Inflation oder scharfer Deflation oder schweren nicht-wirtschaftlichen Störungen zu befürchten. Es liegt jedoch auf der Hand, dass das System fixer Kurse solchen Situationen nicht gewachsen ist.

Gottfried Haberler

Löse nicht nur die speziellen Probleme deiner Generation, sondern begreife, dass die entscheidenden Probleme allgemeinemenschlicher Art sind. Du kannst sie nicht lösen, wenn du bloss die speziellen Forderungen der Jugend erhebst, sondern nur dann, wenn du die Probleme aller Menschen aufs dringlichste verteidigst. Fordere nicht Privilegien für deine Generation, sondern erkämpfe die Menschenrechte.

Das vierte von zehn Geboten für einen jungen Intellektuellen, abgedruckt in: Ivan Sviták, Verbotene Horizonte, Prag zwischen zwei Wintern, Verlag Rombach & Co., Freiburg im Breisgau 1969.